



Pressemitteilung

Deutsches Nachhaltigkeitsnetzwerk fordert von neuer Bundesregierung starkes Engagement für 2030 Agenda

Bonn, 25.09.2017. In einem heute veröffentlichten Aufruf fordert das Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN Germany) den neuen Bundestag und die nächste Bundesregierung auf, die 2030 Agenda mit ihren 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung in das Zentrum der inneren und äußeren Politiken zu stellen. Die 2030 Agenda wurde 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten, auch Deutschland, verabschiedet. Der Aufruf von SDSN Germany formuliert für den neuen Koalitionsvertrag konkrete Empfehlungen zur Umsetzung der Agenda. Die Vorsitzenden von SDSN Germany, Dirk Messner und Gesine Schwan, hatten den Aufruf bereits am Wahlwochenende den Parteien in einem Schreiben an die Bundesgeschäftsführer und Generalsekretäre von CDU und CSU, SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/GRÜNE und FDP übermittelt.

„Die 2030-Ziele beziehen sich auf Schlüsselanliegen der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und seiner Rolle in der Welt“, heißt es in dem Aufruf. Nachhaltigkeit sei kein weltfernes Konzept, sagte Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, anlässlich seiner Veröffentlichung. Es gehe vielmehr um ganz konkrete Anliegen aus der Lebenswirklichkeit unseres Landes wie die Vermeidung von Kindes- und Altersarmut, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Städten oder nachhaltige Mobilitätskonzepte. Der Aufruf würdigt die deutschen Beiträge der letzten Jahre zur Vereinbarung der 2030 Agenda und des Pariser Klimaabkommens, mahnt jetzt aber eine mutigere und wirksamere Umsetzung an. Das Erreichen der 2030-Ziele sei ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. „In den nächsten vier Jahren müssen entscheidende Weichen für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz richtig gestellt werden“ erklärte Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). So sei zum Beispiel der Klimaschutzplan mit neuen Beiträgen zur Umsetzung des Klimaabkommens fortzuschreiben. Auch sollte die Europawahl 2019 als Chance genutzt werden, die Umsetzung der 2030-Ziele in der Europäischen Union deutlich stärker voranzutreiben, so Messner weiter.

Der Aufruf mit seinen konkreten Empfehlungen ist angefügt.

SDSN Germany ist Teil des weltweiten Sustainable Development Solutions Network. Es bündelt Wissen, Erfahrung und Kapazitäten über 30 deutscher Wissenschafts-, Wirtschafts-, und zivilgesellschaftlicher Organisationen, um eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands und deutsches Engagement für nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern.



Neuer Bundestag und nächste Bundesregierung müssen 2030 Agenda ins Zentrum stellen

In den letzten vier Jahren hat die Bundesregierung international maßgeblich zur Vereinbarung der 2030 Agenda mit ihren 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens beigetragen. Sie hat mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 und dem Klimaschutzplan 2050 deren nationale Umsetzung eingeleitet. Alle bisher im Bundestag bzw. über den Bundesrat mitwirkenden Parteien haben sich in ihren Wahlprogrammen zur Umsetzung dieser Ziele in den internen und externen deutschen und europäischen Politiken bekannt. Die 2030-Ziele beziehen sich auf Schlüsselangelegenheiten der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und seiner Rolle in der Welt. Das Erreichen dieser Ziele ist ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. **Wir rufen den neuen Bundestag und die nächste Bundesregierung auf, die 2030-Ziele mutig in das Zentrum ihrer inneren und äußeren Politiken zu stellen.**

2017 bis 2021 müssen entscheidende Weichen für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz richtig gestellt werden. 2018 steht eine erste Anpassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, 2020 der nächste Fortschrittsbericht an. 2019 überprüft ein **VN-Gipfeltreffen** die Umsetzung der 2030 Agenda. Bis 2020 ist der **Klimaschutzplan** mit neuen Beiträgen zur Umsetzung des Klimaabkommens fortzuschreiben. Die **europäische Umsetzung** von 2030 Agenda und Klimaabkommen muss stärker als bisher vorangetrieben werden, auch unter der deutschen Ratspräsidentschaft (2. Hj. 2020).

Der neue Koalitionsvertrag sollte schon in seiner Einleitung auf die 2030 Agenda bezogen werden. In den einzelnen Kapiteln müssen zusätzliche Anstrengungen insbesondere zu den Zielen vereinbart werden, bei denen die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie selber oder andere Indikatoren für Deutschland deutliche Defizite feststellen. Dies betrifft z.B. **Kinder- und Altersarmut** (Ziel 1), den Übergang zu einer **nachhaltigen Landwirtschaft** (Ziel 2), das Erreichen von **Geschlechtergerechtigkeit** (Ziel 5) und **Verteilungsgerechtigkeit** (Ziel 10), **nachhaltige Städte** mit **bezahlbarem Wohnraum** und **gesunder Mobilität** (Ziel 11), Sicherstellung **nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster** (Ziel 12), **Klimaschutz** (Ziel 13), **Meeresschutz** (Ziel 14) und den **Schutz der Landökosysteme** (Ziel 15).

Für den Koalitionsvertrag schlagen wir folgende grundsätzliche Festlegungen vor:

Wir werden die 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung und das Erreichen ihrer 17 Ziele in den Mittelpunkt unserer inneren und äußeren Politiken stellen.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird anspruchsvoll weiterentwickelt, stärker an globaler Verantwortung ausgerichtet und mit wirkungsvolleren Instrumenten der Umsetzung ausgestattet. Hierfür werden deutlich mehr personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt. Die Ressortkoordinatoren für nachhaltige Entwicklung werden ähnlich wie die Beauftragten für den Haushalt mit einem Widerspruchsrecht ausgestattet.

Alle von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenräte und Beiräte werden verpflichtet, sich in ihren Aufgabengebieten an der 2030 Agenda auszurichten. Wir werden internationale Forschungskooperationen aktiver in die Transformationsprozesse einbeziehen und finanziell erheblich umfangreicher fördern. Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 wird weiter gestärkt.

In der Europäischen Union werden wir mit Nachdruck für eine wesentlich engagiertere europäische Umsetzung der 2030 Agenda eintreten. Zur Unterstützung ihrer internationalen Umsetzung werden die deutschen freiwilligen Beiträge an die Fonds und Programme der Vereinten Nationen verdoppelt.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird erneut eingesetzt und dauerhaft in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert. Wir werden in den Bundestag einen Vorschlag zur Verankerung von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit im Grundgesetz einbringen.